

## Konzept für einen besseren Schutz Jugendlicher Online:

Das Internet bietet Menschen aller Altersgruppen schier unendliche Möglichkeiten, sich zu entfalten. Jugendliche nutzen Online-Dienste, um Kontakte zu knüpfen, kreativ zu sein, zu lernen und ihre Persönlichkeit zu entdecken. All dies ist eine Errungenschaft für neue Generationen. Doch neben allen Vorteilen gibt es wie im analogen Leben auch online Gefahren, die es zu adressieren gilt. Politik und Anbieter von Online-Diensten müssen dafür sorgen, dass sich Minderjährige im digitalen Raum sicher bewegen können.

### **Einheitlichkeit neuer EU-Regeln für Online-Dienste, keine Verengung auf Social Media**

Neue gesetzliche Regeln im Bereich Jugendschutz sollten EU-weit gelten. Nationale Lösungen gehen an der Realität einer global digital vernetzten Jugend vorbei. Es muss außerdem ein **einheitliches Regelungsmodell für Online-Dienste geben**. Ein Flickenteppich an Regeln und eine unüberschaubare Anzahl unterschiedlicher Schutz-Einstellungen der verschiedenen Anbieter haben ein Ergebnis: Überforderte Eltern und Schutzlücken für Minderjährige im Netz. Ziel muss ein flächendeckend gleiches einheitliches Modell über Länder-, App- und Dienstegrenzen hinweg sein. Neue Regeln müssen für alle Online-Dienste gelten, die Jugendliche nutzen. Das sind durchschnittlich mindestens 40 Apps pro Woche, darunter soziale Medien, Gaming, Streaming und Messaging. Eine ausschließliche Fokussierung auf soziale Medien würde an der Realität vorbeigehen und Jugendliche in unregulierte, weniger sichere digitale Räume oder auf Nutzungserfahrungen ohne Anmeldung verdrängen. Australien hat vor kurzem ein Verbot für unter 16-Jährige eingeführt, ein Konto auf bestimmten besonders bekannten Social Media Diensten zu haben.

Die Erfahrung aus Australien zeigt:

- Abwanderung zu weniger sicheren Plattformen: Jugendliche wechseln schnell zu weniger bekannten, weniger regulierten Apps (z. B. Coverstar, Yope, RedNote) und Gaming-Plattformen, die nicht von den Verboten erfasst werden ([The Guardian](#)).
- Verlust von Unterstützung für gefährdete Jugendliche: Telefonseelsorge-Dienste für Kinder verzeichnen einen Anstieg von Anrufen verzweifelter Jugendlicher, die den Zugang zu Online-Unterstützungsnetzwerken verloren haben; besonders Jugendliche in abgelegenen Gebieten und marginalisierte Jugendliche sind von Isolation bedroht ([The West Australian](#)).
- Weitverbreitete Umgehung: 27 % der australischen Internetnutzer verwenden VPNs, und 75 % der Jugendlichen geben an, dass sie trotz des Verbots nicht aufhören werden, soziale Medien zu nutzen ([ABC](#)).

Das australische Verbot erfasst nur bestimmte, genau benannte Social Media Angebote. Jugendliche zu schützen bedeutet jedoch, den Geltungsbereich eines Gesetzes von Anfang an richtig zu definieren.

Darüber hinaus sollte ein **Konzept für besseren Jugendschutz** aus unserer Sicht folgende Komponenten beinhalten:

1. **Altersverifikation auf zentraler Ebene - etwa auf der Ebene der Betriebssysteme**
2. **Jugendschutz unter Einbeziehung der Eltern - elterliche Zustimmung zum Download von Apps durch jüngere Teenager**
3. **Individuelle, dienstebezogene Schutzeinstellungen der Anbieter**

#### 1. **Altersverifikation auf zentraler Ebene - etwa auf der Ebene des Betriebssystems**

Egal, für welches Konzept sich der Gesetzgeber entscheidet, um ein höheres Schutzniveau für Jugendliche im Netz zu erreichen: robuste Mechanismen zur Altersverifizierung sind unerlässlich. Wir unterstützen die Forderung nach einer Altersverifikation, die einfach und zentral funktioniert und Eltern entlastet. Auch diesbezüglich kann man viel aus Australien lernen, denn genau hier hakt das australische Modell. Denn es überlässt die Altersverifikation den einzelnen Diensteanbietern, die hierfür "geeignete Schritte ergreifen" müssen. Die Konsequenz: jeder Anbieter etabliert ein unterschiedliches System - der Flickenteppich bleibt. Deshalb unterstützen wir eine **EU-weit einheitliche, zentrale und datensparsame Lösung für die Altersverifikation**. Dieser könnte auf der zentralen **Ebene der App-Stores- oder Betriebssysteme** ansetzen. Die einzelnen Apps könnten das Alterssignal auslesen, ohne selbst entsprechende Daten übermittelt zu bekommen oder selbst zu erheben. Wichtig ist, dass es sich um einen zentralisierten Mechanismus handelt, der Eltern in der gesamten EU ein einheitliches Erlebnis bietet.

#### 2. **Jugendschutz unter Einbeziehung der Eltern - elterliche Zustimmung zum Download von Apps durch jüngere Teenager**

Eltern wünschen sich, selbst zu entscheiden, welche Dienste sie für ihr Kind für angemessen halten. Eine [Studie](#) hat kürzlich belegt, dass 75% der Eltern sich eine Gesetzgebung wünschen, nach der Eltern dem Herunterladen einer App durch ihre Kinder zustimmen müssen. Starre Altersbeschränkungen und strikte Verbote, wie zum Teil gefordert und in Australien eingeführt, werden der Realität der Jugendlichen und ihrer Eltern nicht gerecht. Regulierung sollte die **Entscheidungsfreiheit für die Familie stärken und Eltern befähigen**, ihre Verantwortung auch wahrzunehmen. Technisch umsetzbar wäre dies über eine Verankerung der elterlichen Entscheidungsfreiheit durch eine **elterliche Zustimmung zum Download von Apps durch jüngere Teenager**. Eltern sollten darüber entscheiden dürfen, welche Apps ihre Teenager

herunterladen und nutzen dürfen. Dafür braucht es eine einfache technische Lösung. Die gute

Nachricht: diese existiert bereits. Die großen Anbieter von Betriebssystemen bieten genau dafür bereits heute eine technische Lösung an. Wie oben unter 1. erklärt, könnte an dieser Stelle auch die zentrale Altersverifikation anknüpfen.

### **3. Individuelle dienstebezogene Schutzeinstellungen der Anbieter**

Als Anbieter investieren wir kontinuierlich in neue Lösungen, um den bestmöglichen Schutz für minderjährige Nutzer zu gewährleisten. So bieten beispielsweise unsere speziellen [Teenagerkonten auf Instagram, Facebook und Messenger eine marktführende Lösung](#). Für Teenager zwischen 13 und 17 Jahren greifen hier automatisch umfangreiche Sicherheitseinstellungen: Es werden unerwünschte Kontaktversuche eingeschränkt sowie altersgemäße Inhalte angezeigt. 'Teenagerkonten' sind standardmäßig auf "privat" eingestellt und unterliegen insgesamt strengen Schutz- und Privatsphäreinstellungen. Teenagern wird in Europa keine Werbung angezeigt. Eltern können über unsere [Elternaufsicht-Tools](#) zum Beispiel tägliche Zeitlimits für die Nutzung einstellen, oder einsehen, ob ihr Kind einen neuen Kontakt hat oder ein Profil geblockt hat. Die Privatnachrichten ihrer Teenager können Eltern darüber nicht mitlesen, da auch Teenager ein Recht auf Privatsphäre haben. Wir tun selbst viel, um auszuschließen, dass durch falsche Altersangaben Schutzmechanismen umgangen werden. Hier hilft insbesondere der Einsatz von künstlicher Intelligenz. Jedoch wäre eine zentrale Altersverifikation und das Weitergeben des Alterssignals an die Dienste-Anbieter der Schlüssel dazu, dass wirklich alle Nutzer zwischen 13 und 17 Jahren von den Sicherheitseinstellungen, etwa der Teenagerkonten, erfasst würden.